

Von klimapolitischen Aus- und Irrwegen

Münchener Wirtschaftsgipfel diskutiert über Energie und Klima

Zur Sicherung der Energieversorgung und gleichzeitigen Eindämmung der Klimaerwärmung wäre ein einheitlicher Emissionszertifikate-Handel wünschenswert. Über die Details und die Chancen eines solchen Systems sind sich Experten und Politiker indes weit weniger einig.

gvm. München, 29. Mai

Der zum achten Mal von der BMW-Stiftung durchgeführte Münchener Wirtschaftsgipfel war dieses Jahr in erster Linie der Frage gewidmet, ob in der derzeitigen Energie- und Klimapolitik die richtigen Ziele mit den falschen Ansätzen verfolgt werden. Das erneut hochkarätig besetzte internationale Teilnehmerfeld liess sich dabei auf eine sachliche Diskussion ein und vermied den ideologischen Schlagabtausch, der beim heiklen Themenpaar Energie/Klima leider oft zu beobachten ist. Für die nötige Prise Provokation sorgte Mitorganisator Professor Hans-Werner Sinn mit seinen kritischen Thesen zur gegenwärtigen Umweltpolitik.

Gute Absicht – falsche Wirkung

Der deutsche Ökonomieprofessor und Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo ist seit der Publikation seines Buchs «Das grüne Paradoxon» der Stachel in der deutschen und europäischen Umweltpolitik. Wenn man gegen die globale Erwärmung angehen wolle, gebe es ausser der Möglichkeit einer Aufforstung nur zwei Möglichkeiten, um den Ausstoss von Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre zu begrenzen: Entweder verzichte man auf dessen Produktion, oder man gebe es wieder zurück in den Boden. Weil der vorhandene Raum zur Lagerung von CO₂ viel zu knapp sei, bleibt nach Einschätzung von Sinn nur eine Verlangsamung des Ausstosses. Die derzeitige Klimapolitik in Europa habe den unerwünschten Effekt, dass die erdölproduzierenden Länder zu einem beschleunigten Abbau ihrer Vorräte verleitet würden, weil die wegen der grünen Politik nachlassende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen den künftigen Wert ihrer Vorräte schmälert. Die in Europa eingesparten Mengen machten die anderen «Umweltstünder» wie die Chinesen und die Amerikaner durch einen von tieferen Preisen angekurbelten Mehrkonsum mehr als wett. Das Resultat sei eine beschleunigte Erwärmung des Planeten.

Mit dieser These tritt Sinn vor allem den Politikern auf die Füsse, denn für diese ist die heutige Klimapolitik ein Segen. Mittels Subventionen können sie Mittel verteilen, und durch die strengeren Umweltauflagen nehmen ihre Machtbefugnisse zu. Im Grossen und Ganzen Einigkeit herrschte unter den Wissenschaftlern und Politikern hingegen über die Notwendigkeit, ein – möglichst globales – Emissionszertifikate-Handelssystem einzurichten. Idealziel wäre ein «Super-Kyoto-System», also ein einheitlicher Handel, dem alle wichtigen CO₂-Emittenten angehören würden.

Niemand machte sich Illusionen über die Tatsache, dass dies ein wenig realistisches Fernziel ist. In den zahlreichen lokalen Märkten, wo heute Emissionszertifikate gehandelt werden, fehlen gewichtige Akteure (u. a. die USA und China), die für rund 70% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Professor Ottmar Edenhofer,

der im Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) involviert ist, würde einen transatlantischen Schulterchluss des EU- und des künftigen US-Emissionszertifikate-Handels immerhin als einen ersten wichtigen Schritt zu einem globalen System betrachten. Laut jüngsten Aussagen wollen die Amerikaner 2011 mit dem Handel von Emissionszertifikaten beginnen. Gemäss Edenhofer muss im Weiteren die unselige Korrelation durchbrochen werden, die steigende Emissionen mit steigendem Wohlstand verbindet. Ein globales Handelssystem braucht eine internationale Organisation, die es überwacht und leitet. Für Professor Sinn stünden die Vereinten Nationen (Uno) im Vordergrund, auch wenn er das Risiko sieht, dass sich damit die Macht der Uno-Bürokratie erweitert und es zu einem Schwarzmarkt mit Zertifikaten kommen könnte. Aus Sicht der erdölproduzierenden Länder, in erster Linie der Opec-Mitglieder, würde ein solches System eine Art Enteignung ihrer Rohstoffe bedeuten, denn die Quantitäten würden künftig von einer zentralen Stelle (Uno) gesteuert. Gegen die Formierung eines solchen weltweiten Nachfrage-Kartells würde die Opec vehement angehen, glaubt Sinn.

Gelassene Erdölproduzenten

Davon war beim an der Veranstaltung anwesenden Energieminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mohamed Bin Dhaen Al-Hamli, hingegen nichts zu spüren. Angesichts des laut Berechnungen der Internationalen Energiebehörde (IEA) um 50% höheren weltweiten Energiebedarfs im Jahr 2050 würden die fossilen Energieträger noch viele Jahre den Grossteil der Nachfrage decken, erklärte Al-Hamli. Um die von der Opec bis 2030 auf 113 Mio. Fass pro Tag geschätzte Nachfrage zu befriedigen, seien enorme Investitionen nötig. Diese würden jedoch nur getätigt, wenn es «vernünftige und stabile Preise» gebe. Die letztjährigen Höchstnotierungen sind nach Einschätzung des Energieministers allein den Spekulationen zuzuschreiben gewesen. Bei der Quantifizierung vernünftiger Preise berief sich Al-Hamli auf Experten, die den Erdölpreis in der Region von 60 \$ bis 80 \$ pro Fass ansiedeln. Die derzeitigen «tiefen» Preise müssten allen, die an einem gesunden Klima interessiert sind, zu denken geben, denn sie gäben keinen Anreiz, weitere Investitionen in alternative Energieprojekte zu tätigen.

Am Wirtschaftsgipfel waren die Befürworter einer durch Subventionen und Investitionsanreize geförderten Energiepolitik prominent vertreten. Die Bundestagsabgeordnete der Grünen Renate Künast forderte einen «new green deal», der durch staatlich finanzierte, zeitlich abnehmende Fördergelder angestossen werden soll. Für mehr Investitionen und Innovationen plädierte auch Professorin Claudia Kemfert (DIW, Berlin). Diese seien aber erst ab einem Erdölpreis von mindestens 80 \$ je Fass attraktiv. Der Wirtschaft müsse Zeit zur Anpassung an ein CO₂-armes Wirtschaftssystem gegeben werden, fügte sie bei.

Der Weg von Kyoto nach Kopenhagen

Wenn die Staatengemeinschaft diesen Dezember in Kopenhagen über ein Nachfolgedokument zum Kyoto-Protokoll debattieren wird, will die EU die Idee eines «Super-Kyoto-Systems» in die Waag-

schale werfen. Die Chance, dass die anderen grossen Emissionsländer mitziehen, wurde am Münchner Wirtschaftsgipfel als eher klein eingestuft. Am optimistischsten war noch Karl Falkenberg, der Generaldirektor der Umweltkommission der EU, der einen solchen Durchbruch am Treffen oder kurz danach als realistisch erachtet. Seine Zuversicht nährt sich aus der neuen US-Regierung, die Umweltfragen eine grössere Beachtung schenken wolle als die vorgängige Administration. Der polnische Botschafter für Klimawandel, Janusz Reiter, wies derweilen warnend darauf hin, dass Russland an der Kopenhagen-Konferenz eine Vereinbarung blockieren könnte. Die kürzliche Einladung der Opec an Russland für eine Mitgliedschaft in der Organisation schürt solche Ängste. Und der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise eingeschränkte Spielraum wird die Verhandlungen in Kopenhagen alles andere als erleichtern.